

## Wochenendklausur der Bezirksfraktion in Reinfeld



Aus dem Inhalt ...



### Sozialdemokratische Alternativen

Von Inka Damerau  
Die Konzentration des Bürgermeisters und seines CDU-Senates auf Glamourprojekte ...



S. 2

### Neues aus dem Bundestag

Von Christian Carstensen  
Innerhalb der SPD-Fraktion im Bundestag hat eine lebhaft Diskussion begonnen ...



S. 4

### SPD Nord hat den Mut zum Lernen

Von Sönke Klages  
Die Kreisdelegiertenversammlung behandelte den Leitantrag ...



S. 5

### Obdachlosigkeit in Hamburg

Von Urs Tabbert  
Rick Thürnagel aus der Juso-Gruppe Kerngebiet Nord hatte die Idee ...



S. 7

# Sozialdemokratische Alternativen

Das Leitbild der „Menschlichen Metropole“ ist ein Entwurf, der sozialen Fortschritt und ökonomischen Erfolg miteinander verbinden soll. Diese politische Absicht macht das Leitbild bereits zu einem Gegenentwurf zum Konzept der „Wachsenden Stadt“ des CDU-Senates. Wir sollten uns nicht scheuen, dies so zu sagen und entsprechend zuzuspitzen.

Von Inka Damerau

Die Konzentration des Bürgermeisters und seines CDU-Senates auf Glamourprojekte auf der einen und die dafür nötige Finanzierung durch ideologisch motiviertes Kürzen auf der anderen Seite bringen



Inka Damerau

Hamburg in eine bedenkliche soziale Schiefelage. So lautete im Herbst letzten Jahres das Fazit des Zukunftsrates: „Die Zukunftsfähigkeit der Stadt ist gefährdet.“

Der CDU-Senat betreibt seine Leuchtturmpolitik zu Lasten der Stadt und der Menschen. Er setzt dabei auf Ausgrenzung, Spaltung und den Abbau von Beteiligungsstrukturen, um sein Konzept durchzusetzen.

In dem Maße, in dem sich Leuchtturmprojekte wie beispielsweise der neue Jungfernstieg entwickeln, entsteht für die Öffentlichkeit das scheinbare Gesamtbild einer wohlhabenden Stadt in hanseatischer Tradition. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung wird vom Bürgermeister und seinem Senat dabei ganz offensichtlich übersehen.

## Die Politik des CDU Senates verändert die Stadt

Über zwei Jahre CDU-Aleinregierung (und davor drei Jahre Rechts-/Rechts-Senat) haben die Realitäten in unserer Stadt verändert. Die Standards für soziale Leistungen sind auf breiter Front abgesenkt worden. Wenn öffentlichkeits-

wirksam Lichter angeschaltet werden, gehen sie andernorts aus: Zum Beispiel durch die Schließung von Bücherhallen, durch die Streichung von Kindergartenplätzen und Schließung von Grundschulen gerade in Gebieten mit höchstem Förderbedarf. Dazu kommen viele weitere Streichungen im sozialen Bereich (unter anderem Blindengeld, Kinderkuren, Hamburger Frauenhäuser, Beratung von Flüchtlingen) und die nahezu komplette Zerschlagung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik.

Für den Wohnungsmarkt und für stabile erschwingliche Mieten in Hamburg ist Schlimmes zu befürchten. Der CDU-Senat hat im vergangenen Jahr lediglich 2.652 neue Wohnungen fertiggestellt. Nach Angaben des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen sind aber jährlich 6.000 bis 8.000 erforderlich, um wegfallende Wohnungen zu ersetzen, den steigenden Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche auszugleichen und Zuzüge zu ermöglichen.

Dies alles ist Ausdruck klarer politischer Prioritätensetzungen des Senates.

## Die Bürgerschaftswahlen 2008 in Hamburg jetzt vorbereiten

Der SPD-Landesvorstand hat im Herbst 2005 das Leitbild der „Menschlichen Metropole“ Partei und Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel ist es, im Dialog mit den Menschen in dieser Stadt Anforderungen und Konzepte für eine „Menschliche Metropole“ zu entwickeln.

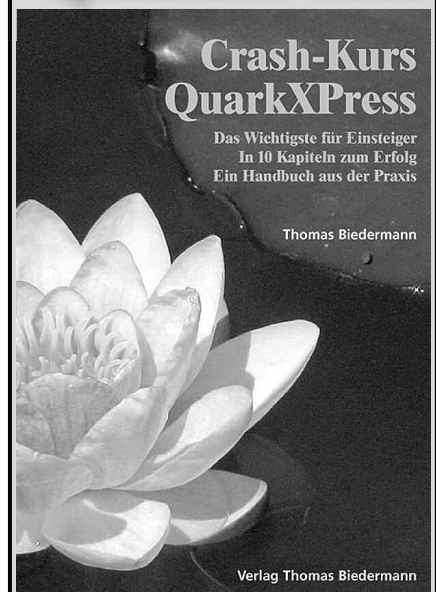
Wir wollen dabei einbeziehen, was Fachleute, Interessenverbände, Vereine und Initiativen und vor allem die Hamburger Bevölkerung an Kritik und Anregungen einbringen. Dafür wird der Landesvorstand Projektgruppen zu den Leitthemen Kluges Hamburg, Starkes Hamburg, Solidarisches und Gerechtes Hamburg, Schönes Hamburg sowie Kinder- und Familienstadt Hamburg einsetzen.

## Von Gerechtigkeit verstehen wir mehr!

Die Kreisdelegierten unserer SPD in Nord haben auf ihrer letzten Versammlung erste Themenfelder abgesteckt und Positionierungen vorgenommen (im Folgenden Auszüge aus dem Antrag, der bei Interesse im Kreisbüro angefordert werden kann):

Im Bereich Stadtentwicklung wollen wir die Infrastruktur in den Stadtteilen erhalten, Mieten und Wohnungspolitik nicht den Marktmechanismen überlassen und für die breite Masse der Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum bereitstellen. Außerdem soll der genossenschaftliche Wohnungsbau unter-

## Neues Praxis-Handbuch QuarkXPress



## Die führende Layoutsoftware Für alle Versionen von QuarkXPress!

Broschur · 132 Seiten · 66 Abbildungen  
14,8 x 21 cm · € 19,90 · ISBN 3-9806256-2-1

Weitere Infos und Vorbestellung:  
[www.verlag-thomas-biedermann.de](http://www.verlag-thomas-biedermann.de)  
oder im Buchhandel



Alster-Arkaden in der Hamburger Innenstadt

stützt werden. Den Verkauf und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gegen die Interessen der Mieter lehnen wir ab.

Im Zentrum sozialdemokratischer Verkehrspolitik steht eine Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung gilt es, die industrielle Substanz der Stadt zu erhalten und ihr Profil im Dienstleistungsbereich weiterzuentwickeln. Neue Beschäftigungsfelder sind zu

erschließen, Qualifizierung und Weiterbildung zu fördern. Im Einzelfall werden wir eine aktive Industriepolitik betreiben, um die Zukunft von hamburgischen Unternehmen in der Stadt zu sichern.

Städtische Unternehmen sollen grundsätzlich in städtischer Verfügung bleiben, um die Gestaltungsfrage für die öffentliche Daseinsvorsorge nicht aus der Hand zu geben.

Für die Kinder dieser Stadt wünschen wir ein flächendeckendes, für alle Familien zugängliches und erreichbares Betreuungsangebot sowie die Absenkung beziehungsweise Abschaffung von Elternbeiträgen. Am Ende soll der bedarfsgerechte Rechtsanspruch jedes Kindes unabhängig von der Lebenslage seiner Eltern stehen.

Wir wollen in Angebote offener Jugendarbeit, die Prinzipien des Förderns und der Prävention in den Vordergrund stellen, investieren. Die geschlossene

Unterbringung halten wir im Rahmen des Jugendhilferechts für untauglich. Eine gemeinsame Schule für alle, in der Leistung gefordert und Benachteiligte gefördert werden, ist Ziel unserer Schulpolitik.

Die Partizipation an akademischer Bildung muss ein Grundrecht sein, der Hochschulzugang für Berufstätige ohne Abitur muss erleichtert werden und die Teilzeitstudienmöglichkeiten müssen verbessert werden. Allgemeine Studiengebühren lehnen wir ab.

Eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Hamburg kann nur ihre Kraft für die Menschen und die Stadt entfalten, wenn sie mit sozialpolitischen Anstrengungen verbunden wird.

Die politische Auseinandersetzung über die Zukunft unserer Stadt kann nur in Abgrenzung gegenüber dem CDU-Senat und seinen Konzepten geschehen. Wenn wir die politische Mehrheit für unsere Politik gewinnen wollen, dann müssen wir unsere Alternativen zuspitzen und auf die Menschen zugehen. ■

# Rechtsanwälte Scharf & Wolter



Barmbek:

**Elmar Böhm**

Fachanwalt für Strafrecht  
(Kapitalverbrechen, Jugendstrafrecht, Revisionen), Ausländerrecht  
(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Adriana Grau**

Mietrecht  
Verkehrsrecht  
Arzthaftungsrecht  
Allg. Zivilrecht  
(Interessenschwerpunkte)

**Dr. Alexander Scharf**

Fachanwalt für Arbeitsrecht  
(Kündigung, Befristung, Lohn, Betriebsverfassungsrecht)  
(Tätigkeitsschwerpunkte)  
**Beratung auch auf Russisch**

**Gernot Wolter**

Fachanwalt für Familienrecht (Scheidung, Sorgerecht, Unterhalt), Erbrecht, Verkehrsrecht  
(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/61 1 699 62**

in Hamburg-Bergedorf:

**Julia Laloire**

Familienrecht  
Erbrecht  
Verkehrsrecht  
(Interessenschwerpunkte)

**Jessica Selonke**

Arbeitsrecht  
Mietrecht  
Allg. Zivilrecht  
(Interessenschwerpunkte)

**Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61**

**www.scharf-und-wolter.de**

# Neues aus dem Bundestag

Die Föderalismusreform bewegt zurzeit nicht nur die Gemüter in Berlin, sondern natürlich die ganze Republik. Betrifft diese umfassende Grundgesetzänderung doch Bund und Länder gleichermaßen. Zum Zeitpunkt unserer letzten Kreisdelegiertenversammlung war ich skeptisch, was die Chance anging, das „Paket“ noch einmal aufzuschnüren. Bis dahin war überall das Argument zu hören, dies würde das Gesamtprojekt gefährden. So etwas haben wir in der Vergangenheit ja auch schon oft genug erlebt. Ich freue mich, dass es in diesem Fall wohl doch anders laufen wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

innerhalb der SPD-Fraktion im Bundestag hat eine lebhafte Diskussion über das Für und Wider einzelner Punkte begonnen. Dies wurde nicht nur in der Debatte, sondern vor allem bei der Abstimmung über die Einbringung der Vorlage deutlich, als sich ein großer Teil der Anwesenden (so wie ich) der Stimme enthielt oder sogar dagegen stimmte. Peter Struck hat diese Kritik in seiner Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 10. März aufgegriffen und betont, dass das Ergebnis der Diskussion offen ist. Ebenso hielt er Änderungen – soweit sie sich im Verlaufe der ausführlichen Anhörungen und Diskussionen als notwendig erweisen – durchaus für möglich. Das hat die Presse und zum Teil wohl auch unseren Koalitionspartner überrascht, aber bei einer so wichtigen Angelegenheit kann es einfach nicht darum gehen, alles nur im Bundestag abzunicken. Denn auch wenn sich sicher alle einig sind, dass der deutsche Föderalismus reformbedürftig ist, gibt es doch noch wesentlichen Diskussionsbedarf. Ich will an dieser Stelle einmal einige Kritikpunkte aufgreifen und näher beleuchten.

## Bildung und Forschung

Strittig ist besonders das Thema Bildung und Forschung. Dies hat ja nicht zuletzt auch Willi Buss auf der KDV deutlich gemacht. Es erscheint nicht sinnvoll, die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ausdrücklich zu verbieten. Unsere Schulen würden dann künftig keine Finanzhilfen vom Bund mehr erhalten können, auch wenn beide Seiten sich darüber einig wären.

Schon eine merkwürdige Idee, denn EU-Fördergelder sollen selbstverständlich weiter in Anspruch genommen werden. Auch im Bereich Studium und Lehre soll der Bund künftig nicht mehr tätig werden können. Es ist fraglich wie sich diese Veränderungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen auswirken werden. Lediglich bei der Hochschulzulassung und den -abschlüssen bleibt dem Bund die Regelungskompetenz. Allerdings soll auch hier den Ländern künftig die Möglichkeit eingeräumt werden, abweichende Regelungen zu treffen. Auch im Bereich des Hochschulbaus gibt es Nachbesserungsbedarf an der aktuellen Gesetzesvorlage. Zu begrüßen ist im Bereich Bildung und Forschung hingegen die Möglichkeit der aktiven Einflussmöglichkeit des Bundes im Bereich der Leistungs- und Qualitätskontrollen.

## Beamtenbesoldung

Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Kompetenzen für die Besoldung und Versorgung der Beamten komplett auf die Länder übergehen zu lassen. Dies scheint mir kontraproduktiv. Hat doch bereits die unterschiedliche Höhe der Gehälter in Ost und West zu heftigen Diskussionen geführt. Von der dadurch entstehenden Wettbewerbssituation zwischen den Ländern und der daraus resultierenden Schlechterstellung der finanzschwachen Länder ganz abgesehen.

## Umwelt

Seit Jahren wird über ein einheitliches Umweltgesetzbuch (UGB) gesprochen, das das momentan noch zersplitterte Umweltrecht künftig vereinheitlicht. Im Zuge dessen sollen Genehmigungsverfahren durch bundeseinheitliche Regelungen vereinfacht werden. Die große Koalition will damit demnächst beginnen. Nun gleich wieder die Möglichkeit für abweichende Länderregelungen zu eröffnen, ist das genaue Gegenteil der notwendigen Vereinheitlichung.

Dies sind natürlich nur einige Aspekte des Gesetzesentwurfs zur Föderalismusreform. Weitere Diskussionen wird es zum Beispiel bei der Jugendhilfe und beim Strafvollzug geben. Aber natürlich darf trotz der – auch an dieser Stelle – geäußerten



Christian Carstensen

ten Kritik nicht vergessen werden, dass die Reform viele positive und konstruktive Verbesserungsvorschläge beinhaltet, die im Zuge der aktuellen Debatte nicht untergehen dürfen.

Über den gesamten Monat Mai hinweg werden im Bundestag Expertenanhörungen zu den einzelnen Fachthemen geführt werden. Ich hoffe, dass dabei am Schluss ein gutes Ergebnis für unser Land herauskommen wird. Über die weitere Diskussion halte ich Euch gerne auf dem Laufenden.

Euer Christian Carstensen

## Kreisdelegiertenversammlung zieht Lehren aus der Bundestagswahl

# SPD Nord hat den Mut zum Lernen

Die SPD Hamburg-Nord hat den Mut und die Anstrengung aufgebracht, das Ergebnis der Bundestagswahlen gründlich aufzuarbeiten und politische Lehren daraus zu ziehen – anders als große Teile der Partei, die sich vor dieser unbequemen Aufgabe lieber gedrückt haben und zur trügerischen Tagesroutine übergegangen sind.

Von Sönke Klages

Die Kreisdelegiertenversammlung am 17. Februar behandelte in engagierter und kontroverser Debatte den Leitantrag „Die Perspektiven der SPD in der Großen Koalition – und über sie hinaus“, der anschließend mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, sowie einen Gegenantrag des Juso-Kreisvorstandes.

Denn wir Nord-Sozialdemokrat/inn/en sind überzeugt: „Die SPD ist um ihrer zukünftigen Politik- und Mehrheitsfähigkeit willen gefordert, sich über die Gründe dieses Scheiterns ehrliche Klarheit zu verschaffen. Selbstbewusstsein und ‚neue Stärke‘ zeigen sich gerade darin, zu einer konstruktiven Analyse eigener Fehler bereit zu sein.“ (dieses und alle nachfolgenden Zitate aus dem genannten Beschluss; er kann von der Homepage des Kreises ([www.spd-hamburg.de/nord](http://www.spd-hamburg.de/nord)) herunter geladen oder über das Kreisbüro (Tel. 460 30 42) bezogen werden).

### Unsere Erfolge

Am Anfang der Bilanz stehen die Erfolge unserer Politik, die wir ausbauen und fortentwickeln wollen:

- Deutliche Absenkung der direkten Steuerbelastung im Bereich des Eingangsteuersatzes durch die Erhöhung der steuerlichen Grundfreibeträge vor allem zu Gunsten von Familien,
- Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung,
- Förderung des Ausbaus von Ganztagschulen
- Verteidigung und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung,
- Stärkung des Verbraucherschutzes und Förderung der ökologischen Lebensmittelproduktion,
- Ausstieg aus der Atomenergie und Förderung erneuerbarer Energien,
- Initiativen zum Klimaschutz im Rahmen des Kyoto-Protokolls,
- Einführung der LKW-Maut als Einstieg in eine verursachungsgerechte Umwelt- und Verkehrspolitik
- Einstieg in ein modernes Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht
- Liberalisierung des Familien- und Partnerschaftsrechts
- Impulse in Richtung einer gerechten Weltwirtschaft und politischer Koordination zur Gestaltung der Globalisierung.

Doch dem gegenüber stehen Misserfolge, die wir nicht verdrängen dürfen, wenn wir die Gründe, die die sozialdemokratische Regierungsführung bereits nach sieben Jahren (seit 1998) beendet haben, verstehen wollen. Jenseits aller oberflächlichen und hilflosen Schuldzuweisungen an innerparteiliche „Verräter“, die dem Kanzler angeblich die Treue aufgekündigt hätten, führt

kein ernsthafter Weg an dem Eingeständnis vorbei: „In zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Feldern konnten die selbst gesetzten Ziele nicht erreicht werden“, nämlich die Senkung der Arbeitslosigkeit, der Ausbau auskömmlicher Arbeitsplätze, die



Sönke Klages

Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Verminderung der sozialen Ungleichheit beziehungsweise der Erhalt des Wohlstands auch für die „kleinen Leute“, ein wirtschaftlicher Aufschwung und der Erhalt einer ausreichenden Steuerbasis. Warum konnten wir diese Ziele nicht erreichen?

Die Antworten sind natürlich komplex, doch eine

wesentliche Ursache sieht die Nord-SPD im „Scheitern des Konzepts der ‚Neuen Sozialdemokratie‘ als ‚Drittem Weg‘ zwischen einer klassischen Sozialstaatspolitik einerseits und einem radikalen Neoliberalismus andererseits.“

Denn in der Praxis bestand dieser „Dritte Weg“ allzu oft in einer unhinterfragten Übernahme der Rezepte und Parolen, die uns tagesin, tagaus von neoliberalen Ökonomen und den großen Medienkonzernen gepredigt werden: „Die Privatisierung von Lebensrisiken, die Reduzierung solidarischer Absicherung, die Kostensenkung für Unternehmen, die Deregulierung von Schutzrechten, die Absenkung der staatlichen Steuereinnahmen und der weitgehende Verzicht auf aktiv gestaltende Wirtschaftspolitik.“

Diese einseitigen Rezepte versagen nicht nur in der Praxis seit mindestens 15 Jahren, sondern es „schwindet auch ihre Überzeugungskraft bei den Menschen“, und zwar „umso stärker, je länger sie ihre Untauglichkeit und ihren interessengeleiteten Charakter praktisch unter Beweis stellen.“

### Aus Fehlern lernen

Warum aber sind wir diesen falschen Predigern so lange auf

den Leim gegangen? Die selbstkritische Antwort der Nord-SPD lautet: Aufgrund eines „mangelnden Verständnisses der komplexen ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchprozesse der vergangenen Jahrzehnte. Die Partei war mangels eigener Alternativen und theoretischer Anstrengungen einer neoliberal dominierten Medienöffentlichkeit weitgehend ausgeliefert.“

Beispielhaft hierfür ist die „oft kritische Übernahme der medial vorherrschenden Darstellung der Globalisierung als „Naturgesetzlichkeit“, der daher auch keine glaubwürdige sozialökonomische Alternativkonzeption gegenüber gestellt werden konnte.“

Die Lehre aus dieser Erfahrung muss lauten: „Die SPD muss ihre Kompetenz stärken und ihr Selbstvertrauen zurückgewinnen, politische Meinungsbildungsprozesse nicht nur anpassend nachvollziehen, sondern die öffentliche Meinungsbildung aktiv beeinflussen, um so neue, längerfristig stabile Mehrheiten bilden zu können.“

Denn als „Volkspartei der linken Mitte“ wollen wir „dort, in der breiten Mitte der Gesellschaft meinungsbildend und -führend wirken für unsere Ziele und Projekte in sozialdemokratischer Tradition und Perspektive.“

Auf diesem Weg hat die SPD Hamburg-Nord zwei große Aufgaben benannt, die in den nächsten Monaten und Jahren vor uns liegen: „Erstens geht es darum, innerhalb der Regierungskoalition offensiv für eine sozialdemokratische Handschrift zu kämpfen und dabei auch die Kraft für die Weiterentwicklung und Korrektur eigener Projekte zu finden; zweitens geht es um die Klärung unserer Ziele und Perspektiven über diese Episode hinaus und die Formulierung von Projekten und Programmen einer erneuerten fortschrittlichen Sozialdemokratie.“ Die Stationen dabei lauten:

## Was zu tun ist

a) In der Grundsatzprogrammdebatte bis Ende 2007 wollen wir die Eckpunkte einer progressiven Sozialdemokratie erarbeiten:

- Wir wollen den sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriff klären und aktualisieren in Abgrenzung zu einer auf Startchancengleichheit verschlankten

„Gerechtigkeit“, wie sie sich CDU einerseits und maßgebliche Kräfte bei den Grünen andererseits zunehmend zu Eigen machen. Wir greifen dabei auf den entsprechenden KDV-Beschluss vom Herbst 2003 zurück und entwickeln davon ausgehend Konzepte für einen modernen Sozialstaat (unter anderem Auseinandersetzung mit Grundeinkommensmodellen).

- Wir entwickeln realistische Visionen für die Zukunft der Arbeit: Humane und emanzipatorische Perspektiven einer qualifizierten, selbstbestimmten und demokratischen Arbeitswelt jenseits des resignativen Lamentos: „Jeder Job ist besser als kein Job“, jenseits der Spaltung in hoch bezahlte und hoch qualifizierte Tätigkeiten einerseits und „einfache Dienstleistungen“ und Massenarbeitslosigkeit andererseits.
  - Wir wollen eine moderne, sozialökonomische und ökologisch nachhaltige Wirtschafts-, Umwelt- und Globalpolitik jenseits nationalistischen Wettbewerbsdenkens und globaler Standortkonkurrenz umreißen, welche dem Grundsatz der Sozialverantwortlichkeit des Eigentums Rechnung trägt.
  - Wir wollen ein modernes, gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem vorantreiben, in dem individuelle Förderung und ganzheitliches Lernen auf hohem Niveau, aber ohne hierarchische Spaltung und Abgrenzung („Dreigliedrigkeit“) organisiert werden. Dabei bauen wir auf den KDV-Beschlüssen von 2002 auf und entwickeln diese weiter.
  - Wir wollen die Möglichkeiten einer beteiligungsorientierten Demokratisierung und Politisierung der Gesellschaft, einer erneuerten, nationalen wie internationalen politischen Gestaltungsfähigkeit demokratischer Institutionen klären anstelle eines vermeintlich effizienten technokratischen „Politikmanagements“.
- b) „Von den grundsätzlichen Zielen ausgehend wollen wir die konkreten Kernprojekte eines erneuerten sozialökonomischen und ökologischen Reformprogramms ausarbeiten“ als

Basis für unser Regierungsprogramm 2009. Dazu gehören unter anderem ein öffentliches Investitionsprogramm für eine ökologisch ausgerichtete Infrastrukturerneuerung (Verkehr, Energie, Wohnungsbau, Stadtentwicklung) sowie für an sozialen Erfordernissen ausgerichtete öffentlichen Dienstleistungen (Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege, Kultur); die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes; eine Steuerreform mit den Zielen progressive Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, Abbau sozial ungerechter Steuerprivilegien, ausreichende Finanzierung eines „aktiven“ Staates, Familiengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Einfachheit (anknüpfend an den vom Kreis Nord initiierten Landesparteitagsbeschluss vom März 2005); die Einführung einer einheitlichen, solidarischen Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege unter Aufrechterhaltung der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber; eine Reform des Gesundheits- und Pflegesystems unter dem Hauptgesichtspunkt der qualitativen Bedürfnisse der Betroffenen und Beschäftigten. Heute bestehende Fehl- und Unterversorgungen sind abzubauen; die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung dahin, dass sie nicht nur den Notfall der Arbeitslosigkeit sozial ausreichend abfedert, sondern auch die gestiegenen Flexibilitätsanforderungen und -wünsche der Beschäftigten präventiv unterstützen kann.

c) „Unser Handeln in der Regierungskoalition muss von dem Bestreben geleitet sein, unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen möglichst weitgehende Schritte in die oben skizzierte Richtung durchzusetzen, mindestens aber die Wege für eine spätere Umsetzung offen zu halten.“

Mit diesen Eckpunkten hat die SPD Hamburg-Nord nicht nur die Richtung unseres Erachtens nach entwickeln muss, um wieder stark, überzeugend und mehrheitsfähig zu werden. Sie hat sich auch selbst die Aufgabe gesetzt, dazu möglichst viele und gute Beiträge zu leisten. ■

Von Urs Tabbert

## Suche Wohnung!!!

Initiator Rick Thürnagel aus der Juso-Gruppe Kerngebiet Nord hatte die Idee für die Veranstaltung beim Weihnachtsgeschenke-Einkauf in der Mönckebergstraße unter dem Eindruck der dort immer stärker sichtbaren Präsenz von Obdachlosen.

„Es kann nicht sein“, so Rick, „dass wir in einer reichen Gesellschaft leben, die sich anscheinend nicht um die Interessen ihrer schwächsten Mitglieder kümmert!“ Verstärkt wurde das Bedürfnis, sich näher mit der Problematik zu befassen, durch die von Innenminister Nagel entfachte Debatte über Bettelverbote in der Innenstadt. Wie kann es sein, dass der Innenminister die sonst auch von Bürgermeister von Beust als weltoffene und wachsende Stadt gepriesene Elbmetropole ausgerechnet zur Fußball-WM der Weltöffentlichkeit nur noch in verzerrter Form als Stadt der Reichen und Schönen präsentieren will? Zwar wird das Bettelverbot von einer breiten Öffentlichkeit abgelehnt, aber warum ist eine Debatte über die Ursachen von Obdachlosigkeit, die drängendsten Probleme der Obdachlosen und den offensichtlichen politischen Handlungsbedarf bislang weitgehend ausgeblieben? Da sich diese Fragen geradezu aufdrängten, fanden sich schnell mehrere Jusos beziehungsweise Juso-Gruppen, die bereit waren, eine entsprechende Veranstaltung zu organisieren und durchzuführen.

### Immer mehr Langzeitobdachlose

Es wurde deutlich, dass sich Situation und Anzahl der Obdachlosen in Hamburg in den letzten Jahren trotz vermehrter privater Initiativen wie der Annemarie-Dose-Stiftung und der Hamburger Tafel drastisch verschlechtert haben. Nach offi-

Obdachlosigkeit in Hamburg – Ursachen bekämpfen und Hilfe anbieten, statt Bettelverbote! Unter diesem Motto führten die Juso-Gruppen Kerngebiet Nord, Barmbek-Dulsberg und engagierte Jusos aus Eimsbüttel am 24. März eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern von Obdachloseneinrichtungen und -initiativen im Kreishaus der SPD Eimsbüttel durch, das bis auf den letzten Platz belegt war. Besonders erfreulich: Die Veranstaltung stieß weit über die Partei und die Jusos hinaus auf reges Interesse.



ziellen Zählungen gibt es in Hamburg mindestens 1.300 Obdachlose. Seriöse Schätzungen deuten aber eher darauf hin, dass 2.000 bis 3.000 Menschen ohne Dach über dem Kopf leben. Insbesondere die Zahl der Langzeitobdachlosen steigt.

Häufig findet Obdachlosigkeit schleichend statt, so Stefan Karrenbauer von der Obdachlosenzeitschrift „Hinz & Kunzt“. Steigende Arbeitslosigkeit und die Kürzung staatlicher Sozialleistungen führten dazu, dass immer mehr Bürger über Monate hinweg in Mietrückstand geraten. Im Falle der Kündigung oder Wohnungsräumung kämen die Betroffenen noch vielfach bei Bekannten unter. Aber spätestens, wenn es dort zu Spannungen kommt, sei der „freie Fall“ in die Obdachlosigkeit meist programmiert. Öffentliche Obdachloseneinrichtungen wie das „Pik As“ stünden den Betroffenen zwar zur Verfügung, seien aber in einem derart desolaten Zustand, dass die Nacht auf der Parkbank für viele näher liegt als ein Nachtlager ohne jegliche Privatsphäre und unter schlechten hygienischen Bedingungen. Stefan Karrenbauer räumte auch mit der Illusion auf, die meisten Obdachlosen hätten sich freiwillig für ein Leben auf der Straße entschieden. Bei genauerem Nachfragen sei ihm von praktisch

allen von Obdachlosigkeit Betroffenen zum Ausdruck gebracht worden, dass sie sich nach einem Leben in vier Wänden und einem Dach über dem Kopf sehn-ten. Allerdings würden nicht wenige diese Sehnsucht aus falsch verstandenem Stolz nicht artikulieren.

### Zu wenig Hilfsangebote

Die aktuellen Spardebatten, so mehrere Diskussteilnehmer, trügen dazu bei, dass keine breite gesellschaftliche Debatte mehr über soziale Mindeststandards und Rechtsansprüche, die ein Leben in Würde sicherstellen können, stattfindet. Dies wirke sich auch auf die Grundhaltung der von Obdachlosigkeit Betroffenen oder Bedrohten aus.

Aktuell wächst die Zahl der Langzeitobdachlosen, da der steigenden Zahl der Obdachlosen zu wenige niedrigschwellige Wohn- und Hilfsangebote gegenüber stehen. Auch städtische Wohnungsunternehmen wie die SAGA trügen hier, entgegen öffentlicher Bekundungen, nur minimal zur Vermeidung von Obdachlosigkeit bei, so mehrere Diskutanten. Angebote für Obdachlose gäbe es von dieser Seite praktisch nicht. Billiger Wohnraum wird gerade in Hamburg mit seinen hohen Durchschnittsmieten bei gleichzeitig relativ gering angesetzten Höchstsätzen für Mieten im Rahmen von Hartz IV immer mehr zur Mangelware.

Annemarie Dose, die Gründerin des Vereins Hamburger Tafel e.V. und der Annemarie-Dose-Stiftung erkannte als weitere Ursache für den wirtschaftlichen Fall ins Bodenlose die zunehmenden Verlockungen der Konsumgesellschaft. Immer mehr Menschen lebten über ihre Verhältnisse und ließen sich zum Beispiel auf Ratenkäufe oder windige Kreditangebote ein, um Produkte zu kaufen, die sie sich eigentlich nicht leisten können. Spätestens sobald Arbeitslosigkeit oder private Schicksalsschläge eintreten, sei Überschuldung oftmals die zwangsläufige Konsequenz. Frau Dose betonte die

Bedeutung privater Initiativen, und – ebenso wie alle Referenten – die Notwendigkeit, nicht die Augen vor sozialem Elend zu verschließen, und dort, wo es jedem von uns möglich ist, selbst einen konkreten Beitrag zur Vermeidung von Obdachlosigkeit zu leisten. Allerdings wurde dies nicht im Widerspruch zu einem wachsenden Bedürfnis nach staatlicher Für- und Vorsorge diskutiert.

Jeder Obdachlose ist einer zuviel, und bei der derzeitigen Lage besteht dringender politischer Handlungsbedarf, dies wurde allen Anwesenden deutlich. In erster Linie heißt dies, dass für ein zunehmendes Angebot an Schuldnerbera-



tungen, billigem Wohnraum und niedrigschwelliger Hilfeleistungen gesorgt werden muss.

Jeder Obdachlose muss zumindest ein Anrecht auf einen kleinen Raum haben, der nur ihm zur Verfügung steht und an dem er auch tagsüber seine Habseligkeiten sicher zurücklassen kann. Dieser Punkt wurde besonders von Schwester Gerharda Rekers vom Alimaus-Hilfsverein St. Ansgar e.V. hervorgehoben.

### Unterstützung für die Schwächsten

Aber auch ein zunehmendes Angebot an psychosozialer Betreuung ist für eine effektive Verbesserung der Situation der Obdachlosen vonnöten, so Uwe Martiny von der Tagesaufenthaltsstätte für Obdachlose (TAS). Armut und soziales Elend, so Uwe Martiny weiter, sind meist die Folge einer mangelnden Bereitschaft zum Teilen.

Eine effektive Bekämpfung der Obdachlosigkeit und ihrer Ursachen mag einiges an Geld und Mühen kosten. Aber die dafür aufzuwendenden Mittel und Mühen sind gering und gut angelegt, verglichen mit vielen anderen Projekten, für die wir Steuer- oder private Gelder ausgeben. Denn eine soziale Gesellschaft erkennt man vor allem daran, wie sie mit ihren schwächsten und hilfsbedürftigsten Mitgliedern umgeht!

## Ein Wochenende im Februar

Reinfeld liegt zwischen Bad Oldesloe und Lübeck und bezeichnet sich selbst als die „Karpfenstadt“. Hier traf sich die Bezirksfraktion zu einer Wochenendklausur am 11. und 12. Februar in einer Schulungsstätte der Rentenversicherungen.

Von Thomas Domres

**W**ir Bezirksabgeordnete nahmen die anstehenden Organisationswahlen zum Anlass, uns in Reinfeld zu treffen. Das Wochenende sollte nicht nur mit den Wahlen ausgefüllt werden, wir wollten auch politisch, inhaltlich arbeiten.

Den Sonnabend starteten wir mit einem Eingangsreferat der Kreisvorsitzenden Inka Damerau. Sie analysierte, wie sich die CDU die Stadt inzwischen zu Eigen gemacht hat. Sehr wesentlich hat natürlich die erfolgreiche Marketingkampagne – und mehr ist es auch nicht – des Senats, das Leitbild der „Wachsenden Stadt“, dazu beigetragen, dass die HamburgerInnen eher zufrieden mit der Politik des Beust-Senats sind. Wir, die SPD, haben nicht vermocht, dem auch nur im Ansatz etwas entgegen zu setzen.

Zur wachsenden Stadt des Senates gehört eine steigende Bevölkerungszahl, alles soll größer und eindrucksvoller werden. Tatsächlich steigt hauptsächlich die Staatsverschuldung durch „Leuchtturmprojekte“ wie Jungfernstieg, Elbphilharmonie, U4, Hafencity und Domplatzbebauung. Gleichzeitig werden notwendige, aber nicht so spektakuläre Investitionen wie zum Beispiel in die Substanz städtischer Wohnungen erschwert, indem der SAGA in dramatischer Weise das Kapital entzogen wird.

Die Ausgrenzungspolitik, der Abbau von sozialen und arbeitsmarktpolitischen Strukturen führe zwangsläufig zu einer Armuts-/ Reichtumsentwicklung. Schon sei die Kinderarmut in Hamburg überdurchschnittlich hoch, während die Zahl der Millionäre wachse.

Den Nachmittag haben wir dazu genutzt, uns von Bernd Lange-Beck (Geschäftsführer des Verbands für Turnen und Freizeit) in die Entwicklung des Sports und der Sportvereine einführen zu lassen. Seit 1998 gehen die Mitgliederzahlen der traditionellen Vereine zurück oder stagnieren. Hier findet eine Entwicklung statt, die wir auch bei der SPD oder den Gewerk-

schaften sehen können. Die Menschen individualisieren sich oder verzichten ganz.

Noch viel wichtiger für uns als Sozialdemokraten ist die Tatsache, dass praktisch alle wesentlichen Sportverbände inzwischen von Unionsanhängern geführt werden, die SPD taucht dort fast nicht mehr auf. Das ist nur akzeptabel, wenn man der Meinung ist, Sport sei etwas Unpolitisches. Hier tut sich ein breites Handlungsfeld nicht nur für Kommunalpolitiker auf.

Am Sonntag standen die Organisationswahlen der Fraktion im Mittelpunkt unserer Klausur. Peter Tschentscher wurde wiederum zum Vorsitzenden, Hede Krüger und Gunnar Eisold zu seinen StellvertreterInnen gewählt. Weitere Beisitzer im Fraktionsvorstand wurden Bärbel Hoffmann (Jugend), Ralf-Georg Gronau (Wirtschaft), Thomas Domres (Kerngebiet) und Neithard Genz (Ortsausschuss Barmbek-Uhlenhorst). Zu Revisorinnen wurden Dagmar Wiedemann und Angelika Bester bestellt.

Ein historisches Plakat von 1946 – das Thema ist nach wie vor aktuell! Übrigens – drei historische Plakatmotive vom Ende der 40er Jahre sind in der Größe A1 nachgedruckt worden und können im Kreisbüro gekauft werden. Sie kosten 2 € pro Plakat, der Dreiersatz ist für 5 € zu haben.





Von Kai Ermes

**P**aul Nolte ist ein konservativer Historiker mit politischer Nähe zur CDU, der der gesellschaftlichen Krise mit einer Rückkehr zu bürgerlichen Werten begegnen will. Bei Professor Nolte ist viel von kultureller Krise zu lesen, insbesondere bei Erziehungsfragen. Häufig wird auch das – von ihm so bezeichnete – „Unterschichtenfernsehen“ kritisiert.

Dass es gleichzeitig eine Krise grossen sozialen Ausmaßes, eine verheerende ökonomische Krise mit sehr wenigen Gewinnern, aber sehr vielen Verlierern gibt, all dies scheint nicht ursächlich zu sein.

Dass wir SozialdemokratInnen uns mit gescheiterten Köpfen aus dem anderen politischen Lager auseinandersetzen, ist normal,

spürbare „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen. Aber ohne ein Bekenntnis zu einer nachfrageorientierten, staatsinduzierten Wirtschaftspolitik, einer an der Leistungsfähigkeit orientierten Steuerpolitik war dies auch nicht zu machen. Und leider auch nicht mit Gerhard Schröder, der ja schlichtweg eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verneinte.

Wenn Professor Nolte der SPD die Abkehr von den Gewerkschaften, ja den Bruch mit ihnen vorschlägt, dann hat das nichts mit einem politisch-intellektuellem Befreiungsschlag zu tun, sondern nur mit der Spaltung unseres eigenen politischen Lagers.

Gesamtmetall gibt jedes Jahr rund zehn Millionen Euro für die INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) aus und

schere noch nie zu sehen. Kein Wunder, dass die Sozialversicherungen, die auf Arbeitseinkommen beruhen, Probleme haben. Massenarbeitslosigkeit und Lohndrückerei auf der einen, Lüge und Gier auf der anderen Seite. Ganz nebenbei: Eine Kapitaldeckung wird das Problem nicht beseitigen, sondern die schlechte konjunkturelle Entwicklung begünstigen. Gerade am Beispiel der Rentenversicherung ist ersichtlich: Kein hysterisches Geschrei nach mehr Kindern, gegen emanzipierte Frauen oder zeugungsunwillige Männer hilft, sondern eine gerechte Verteilung des Wachstums auf Arbeit und Kapital. Davon würden Binnenwirtschaft und Sozialversicherungen profitieren. Hiermit wäre der Gesellschaft aber auch mehr gedient als mit konservativen Ideologien.

## Wie bürgerlich ist die SPD?

Am 23. März 2006 fand im Kurt-Schumacher-Haus ein Diskussionsabend mit dem Historiker Paul Nolte unter dem Titel „Die SPD als Bürgerrechtspartei“ statt.

gut und richtig. Dass wir uns von einem Bürgerlichen, der nicht die Spur Kritik an der Bürgerlichkeit übt, die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie empfehlen lassen sollen, erschließt sich mir nicht.

Nur zur Erinnerung: Nicht umsonst wurde von Frau Merkel das „bürgerliche Lager“ beschworen, werden FDP und Unionsparteien als bürgerliche Parteien bei Analysen am Wahlsonntag bezeichnet. Wir sind nur bei einer scheinbaren Nivellierung der politischen Akteure.

Dass die Grünen längst eine verbürgerlichte Wohlstandspartei mit ökologischem Touch (plus Bürgerrechte) geworden sind, ist unstrittig. Ebenso dass Teile der Sozialdemokratie aus dem Bürgertum kamen. Auch war die bürgerliche „Neue Mitte“ Hauptbezugspunkt von Rot-Grün (siehe Steuerreform 2000). Doch dass dies uns das Genick gebrochen hat als glaubwürdige Alternative zum bürgerlichen Lager, diesen letzten gedanklichen Schritt haben viele in der SPD noch nicht vollzogen.

### Auf der Suche nach dem richtigen Weg

Wir sind 1998 gewählt worden, um die

macht damit Propaganda für CDU und FDP (und vor allem für die eigene Klasse).

Es werden falsche Zahlen über die eigene Leistungsfähigkeit und die Sozialversicherungen kolportiert, mit dem Ziel, Löhne zu kürzen und Finanzdienstleister auf dem Kapitalmarkt zu stärken.

Das Ergebnis ist abzulesen: Banken und Versicherungen machen Rekordgewinne, und der Einzelhandel, die Binnenwirtschaft schlechthin dümpelt dahin.

### Arbeitgeberverbände arbeiten mit falschen Zahlen

2005 hat es ein preisbereinigtes Wachstum in Höhe von 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegeben (26 Milliarden Euro). Splittet man dieses in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in lohnabhängiges und Kapitaleinkommen auf, so stellt man fest: Die Kapitaleinkommen sind um 32 Milliarden Euro gestiegen, die Arbeitseinkommen gleichzeitig um sechs Milliarden gesunken. Dies ist einmalig in der bundesrepublikanischen Wirtschaftsgeschichte.

Die Tendenz der letzten Jahre zeigte schon lange in diese Richtung, aber so deutlich war die sich öffnende Einkommens-

### SPD und Gewerkschaften nur zusammen stark

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es keinen Keil zwischen Gewerkschaften und SPD. Nur zwei – starke – Partner helfen hier.

Zum Glück waren nur 15 Personen zu der eingangs erwähnten Veranstaltung gekommen; zu wenig für Herrn Nolte, der schon recht früh aufbrach.

Wir sollten unsere Zeit nutzen, um eine Vision einer sozialdemokratischen Gesellschaft zu erarbeiten, die als Gegenmodell zum herrschenden Diskurs der Neoliberalen und Neokonservativen dienen kann.

**Schwieger**  
**PageDesign**

www.schwieger-d.com

#### Ihr Internet-Auftritt

- Beratung
- Planung
- Ausführung
- Schulung

Turnierstieg 31  
22179 Hamburg  
040 -69 69 25 69  
info@schwieger-d.com

# Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

(Wird nach den Kreisorganisationswahlen angepasst)

## Kreisvorstand Hamburg-Nord 2004/2005

Vorsitzende	Inka Damerau	22175, Hohnerkamp 30a	64 20 25 32
Stellvertretende Vorsitzende	Verena Blix	22049, Hohensteiner Str. 2	6 91 76 53
Stellvertretender Vorsitzender	Martin Gödde	20251, Eppendorfer Weg 269	4 60 32 75
Schatzmeister	Ralph Bornhöft	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Beisitzerin	Anja Domres	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Beisitzer	Thomas Domres	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Beisitzerin	Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20
Beisitzerin	Wiebke Gülcubuk	20535, Horner Weg 45a	5 31 94 06/01 77-3 32 33 99
Beisitzer	Peter Holldorf	22419, Foorthkamp 46	52 73 23 17
Beisitzer	Michael Hüttel	20251, Geschw.-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Beisitzer	Elmar Böhm	22085, Herbert-Weichmann-Str. 36a	22 73 92 50
Beisitzerin	Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Beisitzer	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
Beisitzer	Manfred Köster	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	27 16 68 03
Beisitzerin	Helga Kuhlmann	22081, Langenrehm 12	2 99 39 71
Beisitzer	Urs Tabbert	22529, Münsterstr. 10a	52 01 42 52

## Distrikte

Langenhorn-Nord	Thomas Stripp	22417, Sonnenwende 30	4 05 20 91 86
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	22417, Holitzberg 23	53 03 56 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruch	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Daniel Gritz	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Winterhude-Nord	Angelika Bester	22297, Brabandstr. 21b	51 32 47 46
Jarrestadt	Jan Quast	22397, Duvenstedter Berg 60	2 79 49 09
Mühlenkamp	Jürgen Näther	22301, Sierichstr. 20	27 29 72
Barmbek-Nord	Thomas Grabenkamp	22307, Alte Wöhr 7c	41 09 70 56
Barmbek-Mitte	Kai Ermes	22335, Brombeerweg 31	20 97 08 76
Dulsberg	Marion Hanusch	22049, Olivaer Str. 1	6 90 65 66
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Sönke Klages	22305, Vollmersweg 6	22 73 93 97

## Arbeitsgemeinschaften

AsF	Sylvia Schudlach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
	Heike Lucas	20249, Faaßweg 4	46 09 17 40
JUSOS	Marianne Hirschberg	22305, Vollmersweg 6	
AfA	Norbert Heinrichs	22179, Haldesdorfer Str. 126	6 41 84 20/01 72-8 36 62 66
	Hartmut Dignas	22527, Wördemanns Weg 10	
60 plus	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	
	Rolf Hohmann	22335, Alsterkrugchaussee 399	

## Bürgerschaftsabgeordnete

Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Wilfried Buss	22397, Krempenhege 101 A	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	22085, Hans-Henny-Jahnn-Weg 44	
Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20/51 32 47 12
Jan Quast	22303, Preystr. 13	27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61/51 32 47 14

## Bundestagsabgeordneter

Christian Carstensen	22337, Am Hasenberge 44	50090389
----------------------	-------------------------	----------

## Sonstige Ansprechpartner

Stellvertretende Vorsitzende der Bezirksversammlung	Heidmarie Hermann	22299, Lattenkamp 12	5 11 96 51
Vorsitzender der Bezirksfraktion	Dr. Peter Tschentscher	22307, Elligersweg 8	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	22395, Immenhorstweg 96	4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter Barmbek	Hans-Werner Nebel		4 28 04-50 21

## Kreisdelegiertenversammlung

Die nächste Kreisdelegiertenversammlung ist am 22. April, 10 Uhr (Organisationswahlen). Kantine der Winterhuder Werkstätten, Südring 38. Auch Mitglieder, die keine Delegierten sind, sind herzlich willkommen.

## Tagesfahrten nach Berlin

Infos im Wahlkreisbüro unter 50 09 03 89.

## 60 plus

An jedem ersten Mittwoch im Monat trifft sich der Vorstand der AG 60plus zur öffentlichen Vorstandssitzung.

## Dämmerschoppen

„Dämmerschoppen“ kann einmal monatlich in gemütlicher Atmosphäre nach Herzenslust diskutiert werden. Unser Bundestagsabgeordneter und Abgeordnete aus Bürgerschaft/Bezirksversammlung stehen Rede und Antwort zu ihrer Arbeit und aktuellen Themen. Man lernt sich besser kennen, vereinbart Termine oder lässt sich für die Mitarbeit in einem Arbeitskreis begeistern. Nächster Termin: Fr., 28. 04., 18 Uhr, im Gemeindegarten der Eirene-Kirche, Willersweg 31. Vor dem 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“ wollen wir den Dämmerschoppen anders gestalten. Wir bieten den Film „Gewinner waren wir nicht ...“ an, der über die Gewerkschaftsbewegung in Hamburg und den legendären Arbeitskämpfe auf den Werften und bei Heidenreich&Harbeck berichtet. Wir wollen diskutieren, welche Funktion Gewerkschaften heute in unserer Gesellschaft haben. Am Mo., den 30.05., 19.30 Uhr, ist der Dämmerschoppen wieder im Kreisbüro mit Diskussionen über aktuelle Themen.

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte: [www.spd-hamburg.de/Nord](http://www.spd-hamburg.de/Nord)

## Kreisvorstandssitzungen

Die nächsten Kreisvorstandssitzungen finden statt am Mittwoch, den 17. Mai und Mittwoch, den 14. Juni. Die Sitzungen sind wie immer offen für alle Mitglieder der SPD HH-Nord und finden um 19 Uhr in der Regel in den Räumen der SPD, Am Hasenberge 44, statt.

## Arbeitskreise Bildung, Grundsatzprogramm, Gesundheit/Soziales, Wirtschaft und Energiepolitik, Großstadtpolitik

...gibt es bei uns im Kreis und sie tagen regelmäßig. Wenn Euch diese Themen interessieren, reicht ein Anruf im Kreisbüro, und Ihr bekommt in Zukunft die Einladungen dazu.

## Informationsreise nach Brüssel mit Vural Öger

26.-28. April, mit Besuch von Europaparlament, Kommission und Hanse-Office. Eigenanteil 145 €. Enthalten: Busfahrt, 2 Übernachtungen (Doppelzimmer) und Frühstück, Stadtrundgang, ein Abendessen mit Vural Öger und ein Mittagessen im Europaparlament. Anmeldungen/Infos im SPD-Europabüro bei Melek Korkmaz unter 28 00 89 83, [eu-hamburg@vural-oeger.de](mailto:eu-hamburg@vural-oeger.de).

## Arbeitskreis Stadtentwicklung/Verkehr

Am 18. April um 19.30 Uhr trifft sich der Arbeitskreis auf dem Dulsberg in der AWO-Tagesstätte Dulsberg-Süd 12. Beim kommunalpolitischen Abend mit Distriktsvertretern aus Stadtteilrat, Ortsausschuss und Bezirksversammlung soll es um die Auswirkungen der sozialen Stadtteilentwicklung gehen und um die Folgen eines Ausbaus der Güterumgehungsbahn. Interessierte sind willkommen. Ansprechpartner: Th. Domres/ M. Hüttel (Adressen siehe Verzeichnis).

# Erfolg auf der ganzen Linie!

Von Kerstin Völsch

**E**in paar Zweifel gab es schon, als beim Landesparteitag 2005 eine Werbekampagne ihren Anfang nahm. 1.000 neue SPD-Mitglieder für Hamburg – das erschien uns ja doch etwas viel. So nahm die Kampagne etwas schwerfällig ihren Lauf, aber das Ganze kam schließlich in Fahrt, spätestens als wir im ungeplanten Bundestagswahlkampf die Erfahrung gemacht haben, dass kleinteilige Überzeugungsarbeit doch etwas bewirken kann. Wie sonst hätten wir allen Vorhersagen zum Trotz das Ruder noch mal ein ganzes Stück herumreißen können? Das Ergebnis: Zum ersten Mal seit 23 Jahren hatten wir in Hamburg-Nord am Ende eines Jahres wieder mehr Mitglieder zu verzeichnen als zu Beginn. Zwei unserer Distrikte wurden am Ende ausgezeichnet: Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde in der Kategorie der Distrikte, die die absolut meisten neuen Mitglieder geworben haben (35), und Jarrestadt mit dem ersten Platz als Distrikt, der relativ am meisten neue Mitglieder geworben hat (26,67%). Darauf können die zwei Distriktestolz sein! Nun muss es darum gehen, diese Entwicklung weiterzuführen. Dazu

gehört, dass wir zum Einen weiter um neue Mitglieder werben und überlegen, wer (zum Beispiel bezogen auf eine Zielgruppe) wie ansprechbar sein könnte. Zum Anderen müssen wir dafür sorgen, dass „Neue“ die Möglichkeit haben, sich zu integrieren, mit uns Ideen zu entwickeln und weiter zu befördern. Neumitgliederabende, Dämmerschoppen und Mentoring-Programm sind Schritte in die richtige Richtung. Mitreden und etwas bewegen – das ist für die meisten „Neuen“ das Hauptmotiv für den Eintritt. „Ich habe mich schon so lange über so Vieles geärgert – aber irgendwann habe ich gemerkt: Ärgern reicht nicht, wer was verändern will, muss mitmachen“, sagt zum Beispiel Calle (42) aus Langenhorn. Als Eisenbahner interessieren ihn vor allem Themen wie Umwelt und Energie, Verkehrspolitik und Stadtplanung. Er hat gleich angefangen, in den entsprechenden Arbeitskreisen mitzuarbeiten, und er hat sich für das Mentoring-Programm in Hamburg-Nord angemeldet, um mal einen Gesamtüberblick über Parteistrukturen und politische Perspektiven zu bekommen. ■

Absender:  
SPD-Kreis Nord  
Am Hasenberge 44  
22337 Hamburg

Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt  
22335 Hamburg 63

Wir sprechen mit Ihnen und helfen, wo wir können

**SPD**

Zentrales Bürgerbüro  
Di., Mi., Do. · 14–16 Uhr  
Tel. 28 08 48-32 /-0

Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 HH

## Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

### Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 23):

30. Juni 2006. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbphotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ Per Post: FotosperBriefoderdigitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken: Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg

✉ Per Mail: michael.huettel@t-online.de urstabbert@web.de

☎ Telefonisch: Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48 Urs Tabbert, 0 40/52 01 42 52

### Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42 Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de www.spd-hamburg.de/ Nord

**v.i.S.d.P.:** Inka Damerau

### Redaktion:

Michael Hüttel, Urs Tabbert

**Gestaltung:** acceptDESIGN, Hamburg, www.acceptDESIGN.de

**Bilder:** Titel © Thomas Domres, Jens Schwieger, Tini Kötschau, S. 2 © Inka Damerau, S. 3 © hamburg.de, S. 4 © Christian Carstensen, S. 5 © Sonke Klages, S. 7, 8 © Tini Kötschau

**Druck:** Hein&Co, Hamburg

## Gratulationen

### Die Geburtstagskinder von Januar bis Mai 2006

(Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf!)

70 Jahre: Ahmet Aysin (01.01.), Lieselotte Stelter (04.01.), Othman Hayder (07.01.), Marina Ganske (26.01.), Axel Telge (08.02.), Ingrid Woydt (09.02.), Hans-Ulrich Burchad (17.02.), Heinz Wittwer (13.03.), Jürgen Kohn (26.04.), Johanna Kiebel (04.05.), Maria Datta (11.05.)

75 Jahre: Gerd Schumacher (25.01.), Ernst-Arno Eggerstedt (05.02.), Bernhard Ganter (06.02.), Edourd Paklavadjian (01.03.), Ursula Saalfeld (07.03.), Hermann Behrens (04.04.), Manfred Schweizer (16.04.), Helga Mauersberger (23.04.), Harald Schürer (08.05.)

80 Jahre: Werner Kiebel (11.02.), Hans-Bernhard Schöneburg (29.03.), Ingeborg Felten (11.04.)

85 Jahre: Gerhard Schröder (03.03.), Irene Langhoff (28.03.), Senta Klein (01.04.), Gerda Jürgensen (09.04.), Lieselotte Ziebell (07.05.)

90 Jahre: Christel Jäger (07.03.)

95 Jahre: Kunigunde Barsztat (17.02.), Otto Buhr (29.03.), Erich Elker (18.05.)

### und ganz besonders:

Josefine Priess, 19.03., 99. Geburtstag und Anna Schlicht, 27.05., 101. Geburtstag.

**Wir gratulieren herzlich und wünschen alles Gute und Gesundheit!**

### Die Jubilare von Januar bis Mai 2006 (ab 40 Jahre Parteizugehörigkeit)

40 Jahre: Uwe Otto Behnke (1/1966), Klaus Lange (1/1966), Fred Menkhoff (1/1966), Martha Rüdiger (1/1966), Edda Reimer (2/1966), Liebgard Tormin (2/1966), Ernst Uhlrau (2/1966), Michael Vogel (2/1966), Gertrud Detje (3/1966), Holger Lauenroth (3/1966), Michael Tölpel (3/1966), Helmut Wiele (3/1966), Waldemar Guttman (4/1966), Otto Leunig (4/1966), Wolfgang Weidemann (4/1966), Jürgen Kaape (5/1966), Albert Lederhof (5/1966), Friedrich Sack (5/1966)

50 Jahre: Karl-Heinz Schrade (1/1956), Horst Bauer (3/1956)

60 Jahre: Gertrud Brecht (1/1946), Gisela Henningsen (1/1946), Helmut Schmidt (1/1946), Gesa Schneider (1/1946), Günther Berndt (2/1946), Anna Guehlcke (2/1946), Reinhold Menth (2/1946), Liselotte Pschorr (2/1946), Anneliese Schuldt (2/1946), Johanna Batz (3/1946), Helmut Graul (3/1946), Peter Schulz (3/1946), Harald Stobbe (3/1946), Karl Hauer (4/1946), Carl Kahl (4/1946), Gerhard Poppendieker (4/1946), Martha Reusch (4/1946), Kunigunde Barsztat (5/1946), Erwin Kopp (5/1946), Gesa Zeidler (5/1946).

**Den Jubilaren herzlichen Dank für ihre Treue, ihre Geduld mit der Partei und ihr Engagement! Die Ehrungen mit Urkunde/Nadel finden zu Anfang/Ende eines Jahres in den Distrikten statt.**